

- Das Landwirtschaftsgasölverwendungsgesetz in 2. Lesung
- Die Maßnahmen zur sofortigen Herstellung der notwendigen Leistungsfähigkeit des Liegenschaftsdienstes
- Eine gesetzliche Regelung für notwendige Strukturanpassungsprozesse in Unternehmen und für Selbständige sowie Bericht über die Arbeitsfähigkeit der Treuhand AG
- Eine Aufforderung an den Ministerrat, die Entlassung der Angehörigen des ehemaligen MfS und des nachgeordneten Bereiches in die Wege zu leiten, in 2. Lesung.

Meine Damen und Herren! Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 1

**Antrag aller Fraktionen
Erklärung der Volkskammer zur Situation im Irak**
(Drucksache Nr. 204)

Meine Damen und Herren! Ihnen liegt diese Erklärung aller Fraktionen in der Drucksache Nr. 204 vor. Ich verlese nun die Erklärung.

Die Volkskammer möge folgende Erklärung verabschieden:
„Die Volkskammer der DDR verurteilt die Okkupation Kuweits durch den Irak. Der Überfall auf das Nachbarland und Geiselnahme von unbeteiligten Zivilisten löst in der DDR Entsetzen und Empörung aus.

Die Volkskammer fordert die sofortige Freilassung aller internierten Ausländer, den bedingungslosen Abzug der irakischen Truppen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Staates Kuwait.

Das Parlament der DDR teilt die Auffassung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, daß die Annexion Kuweits durch den Irak nichtig ist, und unterstützt die verhängten Sanktionen.

Wir bedauern, daß die DDR bis in die jüngste Vergangenheit hinein militärische Ausrüstungen in Krisengebiete lieferte. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß durch jedwede militärische Unterstützung eine Eskalation von Konflikten eher begünstigt wird.“

Meine Damen und Herren! Hier liegt noch eine Bitte vor. Die PDS möchte noch eine zusätzliche Erklärung dazu abgeben. Bitte, Frau Kaufmann.

Frau Dr. Kaufmann (PDS):

Die PDS-Fraktion hat dieser Erklärung zugestimmt, möchte aber darüber hinaus feststellen:

1. Der im Ergebnis der Annexion Kuweits entstandene Spannungsherd kann nicht losgelöst vom Gesamtzusammenhang des Nahostkonflikts betrachtet werden.
2. Der militärische Aufmarsch der USA verschärft den Konflikt, wirkt dem Abrüstungsprozeß entgegen

(Unmutsäußerungen)

und birgt die Gefahr der Militarisierung des Nord-Süd-Konfliktes in sich.

3. Wir sind gegen jedwede Überlegung zur Entsendung deutscher Truppen und militärischer Ausrüstungen in Krisenregionen.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Das ist eine Zusatzklärung der PDS, über die wir nicht abzustimmen brauchen. Wir stimmen jetzt über die Erklärung aller Fraktionen ab. Wer der Erklärung aller Fraktionen seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich glaube, das ist einstimmig. Damit ist diese Erklärung verabschiedet.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Aktuelle Stunde
zur „Zweiten Durchführungsverordnung zum Kommunalvermögensgesetz
- Kommunale Energieversorgung -
und Stand der Übernahme der Energieversorgung durch
BRD-Unternehmen u. a.“**

Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema verlangt. Ich eröffne nun die Aussprache. Das Wort von der Fraktion der SPD hat Herr Weis. Bitte, Herr Abgeordneter Weis.

Weis für die Fraktion der SPD:

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Die zweifellos bedeutsamen und historischen Entscheidungen der letzten Tage - ich meine die Verabschiedung des Wahlgesetzes und die Beitrittserklärung der Volkskammer zum Grundgesetz - haben einen Vorgang überdeckt, der Thema in diesem Haus werden muß. Am 22. August 1990 wurde der Stromvertrag zwischen der DDR, vertreten durch unser Umweltministerium und die Treuhandanstalt, und den drei Energiekonzernen Unternehmen Bayern-Werke AG, Preußen-Elektro AG und der RWE Energie AG unterzeichnet. Abgesehen von den inhaltlichen Kritikpunkten an diesem Vertrag, die in diesem Hause ja schon heiß diskutiert wurden und die nicht grundsätzlich ausgeräumt worden sind, muß ich für die SPD-Fraktion feststellen, daß sich ein beispielloser Vorgang ereignet hat, der das freigewählte Parlament brükiert.

Herr Minister Steinberg! Ich möchte Sie daran erinnern: Am 22.6.1990 faßte die Volkskammer den Beschluß, daß alle Verträge, wie der damals kritisierte erste bekanntgewordene Entwurf des Stromvertrages, vor der Volkskammer berichtspflichtig sind. Weiterhin wurde am 22.7.1990 beschlossen, eine Enquetekommission zur Formulierung eines neuen Energiekonzeptes einzusetzen.

Durch diese beiden Beschlüsse sind von der Legislative dieses Landes Aufträge und Rahmen für die Exekutive, speziell Ihr Ministerium, Herr Professor Steinberg, gesetzt worden, und der vollzogene Akt der Vertragsunterzeichnung ignoriert die Beschlußlage des Parlaments, und Sie haben damit vorsätzlich Ihre Kompetenz überschritten.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident trägt die politische Verantwortung für diesen vorsätzlichen Bruch rechtsstaatlicher Regeln durch ein Mitglied des Kabinetts, und wir erwarten von ihm eine,___ Mißbilligung solcher Handlungen und Konsequenzen gegen das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Grüne)

Dies um so mehr als die Entwicklung bis zu diesem Vertrag im Kontext mit einem anderen ungläublichen Vorgang zu sehen ist. Ich will ihn beschreiben.

In den letzten Wochen waren wir als Parlament sozusagen Weltmeister im Gesetzverabschieden. Nur wenige davon haben wir selbst ausgearbeitet, nur wenige tragen den ganz speziellen Problemlagen in den 5 Ländern Ostdeutschlands und Ostberlins Rechnung. Eines dieser ganz wenigen ohne Bonner Bevormundung erarbeiteten und verabschiedeten Gesetze ist das sogenannte Kommunalvermögensgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Dieses gibt den Städten und Gemeinden, was den Kommunen zur bürgernahen Erledigung ihrer Aufnahmen notwendig gehören muß. Das ist nicht nur ein vermögensrechtlicher Vorgang. Die Städte und Gemeinden sind die Keimzellen der demokratischen Selbstverwaltung. Demokratie erfordert gegen zentrale